

# Pulsnitzer Tageblatt

Beisprediger 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —  
Für Fälle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30, übrige Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Ausschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anwendung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshöfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschmendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 288

Montag, den 12. Dezember 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Der am Sonnabend nachmittag stattgefundenen Besprechung zwischen Dr. Stresemann und Marschall Piłsudski wird dem „Matin“ zufolge in Völkerbundskreisen große Bedeutung für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen beigemessen.

Die Lohnverhandlungen in der Großhessenerindustrie sind gescheitert. Der Hauptausschuß des Reichstages hat die Befolungsreform erlassen.

Dem Zollabzugsdienst in Düsseldorf ist es gelungen, in einem Restaurant in der Nähe des Hauptbahnhofes eine Bande von 7 Personen, darunter zwei Holländern festzunehmen, die seit etwa 2 Jahren aus Holland Juwelen, Brillanten und goldene Uhren nach Deutschland schmuggelte. Insgesamt wurden Waren im Werte von 100 000 Mark beschlagnahmt.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Ezterflor“ glaubt zu wissen, daß trotz aller bereits gegebener und noch zu erwartender Dements man sich in Genf eifrig mit der Vorbereitung einer Begegnung Briand — Mussolini beschäftigt. Man würde in gewissen Kreisen nicht böse darüber sein, falls diese Begegnung Chamberlain zum Zeugen haben sollte.

In Cagliari auf der Insel Sardinien starb ein neuer Postpalast ein. 16 Personen wurden unter den Trümmern begraben. Bisher sind 3 Tote geborgen worden.

Nach Meldungen aus New York wurde in Panama gestern nachmittag ein Erdbeben von einer Minute Dauer festgestellt. Das Beben war das stärkste seit dem Jahre 1913. Der Panama-Kanal hat, wie die sofort angestellten Untersuchungen ergaben, durch das Erdbeben nicht gelitten.

Der Ralle in Amerika sind 36 Menschen zum Opfer gefallen.

## Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Abt.-Uhr: Radenschluß.) Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Stadtrates vom 2. 4. 27 wird darauf hingewiesen, daß vom 12. bis 24. Dezember sowie am 30. und 31. Dezember 1927 die hiesigen Geschäfte bis abends 8 Uhr offen gelassen werden können.

**Pulsnitz.** (Als gefunden) wurden folgende Gegenstände in der Polizeiwache abgegeben: 1 Herrenjahrbuch, 1 Paar wolleberne Handschuhe, 1 Armband, 1 Herrenuhrenarmband, 1 Rolle Dachpappe, 1 Kinderpelztragen, 1 Damenring, 1 graue Herrenmütze, 2 weiße Schürzen, 1 schwarzer Kinderregenschirm und anderes mehr.

**Pulsnitz.** (Verein für das Deutschtum im Ausland.) Volkswirtschaftliche und politische Sorgen schwerer Art lassen das deutsche Volk sehr nahe und besinnlich kommen. Es wäre jedoch schadenbringend, wollte man über diesen wichtigeren und notwendigen vergesse. Das Deutschtum im Ausland ist es, das seinem Schicksal, dem vollständigen Vergessenwerden, entzogen werden muß. Man darf diese 40 Millionen Volksgenossen, die im Ausland leben, nicht vergessen, wenn man sich im Innern nicht schwer schädigen will. Man kann auch an diesen 40 Millionen nicht stillschweigend vorübergehen, denn Auslandsdeutschtum und Reichsdeutschtum stehen in Wechselwirkung. Unsere Handelsbilanz befreit sich, will aktiv werden. Nicht der letzte Grund hierfür sind unsere Auslandsdeutschen. Sie waren die ersten Abnehmer deutscher Erzeugnisse nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Dessen sollte man sich in ganz Deutschland bewußt werden. Und der Schrei nach Kolonien geht somit unbestritten konform mit der Erkenntnis der Wichtigkeit der Beziehungen zu unseren Auslandsdeutschen. Die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Beziehungen am tiefsten erkannt zu haben, darf dem Verein für das Deutschtum im Ausland zugesprochen werden. Seine Aufgabe war es ja von jeher, für diese Erkenntnis zu werben. Dr. Bell, Cassel, ist der Verursacher für die Probierung dieser Gedanken. Am Freitag sprach er in Pulsnitz über das Thema: „Ringendes Deutschtum in aller Welt.“ Zahlreiche Schilderungen eigener Erlebnisse unter den Deutschen im Ausland und wertvolle Hinweise gaben ein anschauliches Bild vom Schicksal dieser nunmehr erwachenden Minderheiten. Anfangs vergesse vom Stammlande, in Unverbundenheit, losgelöst vom Stammlande, bauten sie wohl eigene Kultur, die aber mehr und mehr Gefahr lief, von fremder Kultur angefügt zu werden. Die Not Süditaliens zeigt das noch heute. Und den Deutschen in Siebenbürgen, im Banat, in Bessarabien, in der Slowakei und in Ungarn ereißt es ähnlich. Die drückenden Nöte, die alle diese Minderheiten in Europa nach dem Kriege besonders hart erfahren mußten, ließ sie nach Hilfe ausschauen. Der Ruf nach dem Stammlande wurde laut, der Anschluß, oder wenigstens das innere Verbundenwerden mit ihm wurde das Ziel dieser Bedrängten. Diesen Ruf der 40 Millionen Volksgenossen muß das Stammland erst verstehen lernen. Und dieses verstehen und deuten wollen unterstützt der W. D. A. Wir sind jedoch noch nicht soweit, daß wir alle erkennen: Die Auslandsdeutschen und wir in der Heimat bilden eine Schicksalsgemeinschaft, alle deutschsprachigen gehören zusammen, ob uns äußerlich auch Landesgrenzen trennen oder nicht. Erkennen wir nicht die Notwendigkeit dieses engen Zusammenhanges, dann kann uns ein Gespenst bedröhen, wie es Dr. Bell in folgendem zeichnete: In der Slowakei werden Tausende Deutscher militärisch ausgebildet. Das Heer ist Kriegswaffe. Wer garantiert dafür, daß diese Kriegsmacht nicht auch gegen uns angewendet werden könnte? Die Gefahr des Bürgerkrieges ist ohne weiteres gegeben. Wer hilft? Selbst müssen wir uns helfen! Zusammenhalt ist notwendig. Und neben der negativen die positive

## Streng geheime Sitzung des Völkerbundrates

Der Verlauf der Nachsitzung des Völkerbundrates — Chamberlain zufrieden — Auch am Sonntag Verhandlungen im Konflikt der Schwerindustrie — Graf Westarp zur politischen Lage

Genf. Am Sonnabend trat der Völkerbundrat zu einer streng geheimen Sitzung zusammen, an der auch Marschall Piłsudski und der litauische Ministerpräsident Woldemaras teilnahmen, in der aber der Sig Polens von Außenminister Jaleski eingenommen wurde. Die Beratungen fanden in dem Büro des Generalsekretärs des Völkerbundes statt.

Die geheime Ratssitzung war nach etwa einstündiger Dauer beendet. Aus den Antworten, die die Ratsmitglieder den sie erwartenden Journalisten gaben, kann man zwar nicht mit absoluter Gewissheit, aber doch mit großer Wahrscheinlichkeit schließen, daß man einer Lösung der Frage näher gekommen ist. Die rätselhafteste und hoffnungsvollste Antwort gab der silesische Delegierte Billegas, der auf alle Fragen nur die eine Antwort hatte: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“

### Keine Behebung des polnisch-litauischen Konflikts.

Genf. Die Verhandlungen über die Lösung des polnisch-litauischen Konflikts gehen zwischen den verschiedenen Delegationen weiter. Einer Entscheidung scheint aber weder Polen noch Litauen geneigt zu sein. Von beiden Seiten will man sich nur in bezug auf die formelle Aufhebung des latenten Kriegszustandes binden und im übrigen freie Hand behalten, so daß also der Konflikt unverändert in der Schwebe bleiben würde. Der Konflikt hat bereits dazu geführt, daß man den Gedanken der Einsetzung einer Kontrollkommission aufgegeben hat. Der Rat wird sich wohl darauf beschränken, lediglich eine Erklärung vor der Ratsversammlung abzugeben, ohne damit eine bestimmte Entscheidung zu treffen oder eine Empfehlung an die beiden Seiten zu geben.

### Nachsitzung des Völkerbundrates.

„Beilegung“ des polnisch-litauischen Konflikts.

Um 1/11 Uhr nachts wurde am Sonnabend die erste öffentliche Nachsitzung des Völkerbundrates eröffnet. Die meisten Mitglieder des hohen Rates waren im Frack oder im Smoking, schon halb im Geiste bei irgendeinem Establissement. Die Frauen der Ratsmitglieder waren in großer Gesellschaftsstile erschienen. Lady Chamberlain trug Bordeauxrot mit etwas zartem Gold.

Was die Verlesung des Berichtes über die kurz vorher zustande gekommene litauisch-polnische „Einigung“ betrifft, so bietet er nach allem keine Ueberraschung mehr.

Der Völkerbundrat, indem er noch einmal betont, daß der Kriegszustand zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes sich nicht mit dem Geiste des Völkerbundes verträgt, nimmt Akt von den feierlichen Erklärungen des Vertreters von Litauen, daß sich dessen Land nicht mehr im Kriegszustand mit Polen befinde und infolgedessen der Friede zwischen beiden Ländern besteht.

Es werden dann so bald wie möglich Aufnahme der direkten Beziehungen empfohlen unter dem Schutze der guten Dienste des Völkerbundes. Schließlich erklärt der Rat feierlich, daß die vorgelegte Resolution keine der Fragen berührt, in denen die beiden Regierungen verschiedene Gesichtspunkte haben.

In der Tat eine Resolution, deren Nichtsagenheit schwer zu übersehen ist, bis auf die Tatsache, daß Litauen in der Tat den Kriegszustand aufgibt und daß der Völkerbund seine guten Dienste bei den Grenzschutzfällen verspricht. Piłsudski, in der ersten Reihe der Zuschauer sitzend, wählte den Verhandlungen bei.

### Chamberlain zufrieden

Genf, 12. Dezember. In einem Interview mit dem Reutervertreter in Genf sprach sich Chamberlain sehr befreit darüber aus, daß alle in der gegenwärtigen Völkerbundrats-sitzung vertretenen Mächte mit gleichem Nachdruck für die Lösung des litauisch-polnischen Konfliktes eingetreten seien. Chamberlain betonte, daß auch Russland in diesen Kreis einzubeziehen sei. Obwohl der polnisch-litauische Konflikt zwischen ihm und Litwinow nicht berührt worden sei, könne er sagen, daß Litwinow seinen Einfluß geltend gemacht habe, um dem Kriegszustand ein Ende zu machen. Auf die Frage, ob der Genfer Aufenthalt des englischen Völkerbundrats in Rom mit der Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen oder mit der geräuschvoll angekündigten Zusammenkunft zwischen Briand

und Mussolini zusammenhänge erwiderte Chamberlain, daß von dem Besuch des Völkerbundrates keine besonderen Ereignisse erwartet werden dürften. Chamberlain fügte hinzu, daß die Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Italien nicht überhöht werden dürften. Ueber die Verhandlungen mit Litwinow befragt, bestätigte Chamberlain nochmals, daß das nach der Aussprache herausgegebene Kommuniqué zwischen beiden Staatsmännern vereinbart worden sei. Die Besprechung sei in voller Harmonie verlaufen, habe aber bisher zu keinem praktischen Ergebnis geführt.

### Auch am Sonntag Verhandlungen über den Konflikt in der Schwerindustrie

Berlin, 12. Dezember. Der Konflikt in der Schwerindustrie war während des ganzen Sonntags Gegenstand von Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben. Der Standpunkt der Reichsregierung bezüglich der Arbeitszeitverordnung geht nach wie vor dahin, daß eine Zurückziehung oder Einschränkung derselben nicht in Betracht kommen kann. Der Standpunkt der Reichsregierung ist den Vertretern der Schwerindustrie bekannt.

### Graf Westarp zur politischen Lage.

Vorläufig keine Reichstagswahlen.

In Magdeburg betonte Graf Westarp in einer Rede, daß Regierung und Regierungsparteien trotz Wahlschicksale und Koalitionshetze der Linken, die Zeit von einem Jahr, die diesem Reichstag bis zum Ablauf seiner Wahlperiode verbleibt, noch zu praktischer Arbeit ausnutzen wollen. Vom Osten, vom Balkan, von Polen und von Litauen drohen Gewitterwolken. In Genf hat man der Arbeit des Ausschusses für die Sicherheitsverträge zeitlich den Vorrang vor denjenigen der Abrüstungskommission gegeben und damit erneut das deutsche Recht und Interesse bedroht. In der inneren Politik stehen Befolungsreform und Schulgesetz, Regelung des Rechtsanspruches der Kleinrentner und der Liquidationsgeschädigten, Verlängerung und Neugestaltung der mit Jahreswende fortfallenden Wohnungs- und Mietgesetze im Vordergrund.

Die äußere und innere Lage fordert, daß die Störungen und Unruhen des Wahlkampfes nicht beginnen, bevor nicht der Etat geregelt ist. Eine organisatorische Milderung der Schuldenlast für die Landwirtschaft muß herbeigeführt werden. Handelspolitische Entscheidungen drängen. Zeitlich am weitesten zurück, sachlich mit an der Spitze steht das große kulturelle und nationale Werk der Strafrechtsreform.

Die Aufzählung macht nicht den Anspruch, erschöpfend zu sein. In all diesen Fragen besteht die erste Pflicht, ebenso aber auch, trotz Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten, deren Gründe nicht verschwiegen werden sollen, die Möglichkeit, zu abschließender Einigung der Koalitionsparteien und damit zu positiver Tat zu gelangen.

Die demokratische Forderung des unitarischen Einheitsstaates hat bis weit in die Rechtsparteien hinein den Blick von dem abgelenkt, worauf es ankommt. Nicht der Fortbestand eigenstaatlicher Länder, auch nicht das Verhältnis zwischen Reich und Ländern, so reformbedürftig es ist, sondern die absolute Herrschaft parlamentarischer Parteimehrheiten und die Ueberspannung des parlamentarischen Regierungssystems bis in die letzten öffentlichen rechtlichen Körperschaften hinein, sind die wahre Ursache der verschwendlichen und zweckwidrigen öffentlichen Wirtschaft. Darum haben wir es uns zur besonderen Aufgabe gemacht, zunächst einmal der gesamten Partei eine feste Richtlinie für die Beurteilung der jetzt so viel erörterten Fragen des Einheitsstaates, der Schaffung von Reichsländern und der Mediatisierung und Aufteilung Preußens zu geben.

### Sozialpolitische Rundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Essen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete in Essen in Anwesenheit des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, eine große öffentliche Rundgebung. Als erster Redner ging der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Imbusch, Essen, von den sozialpolitischen Kämpfen und Erfolgen der Arbeitnehmerenschaft aus und kritisierte erneut die Beamtenbesolungsneuregelung. Zum Schluß sprach Albert Thomas über das Genfer Arbeitsamt und seine Aufgabe.